



**Christian Dürr**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Fraktionsvorsitzender

Christian Dürr, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An die  
Vorsitzenden der Fraktionen von  
SPD  
CDU/CSU und  
Bündnis 90/Die Grünen  
im Deutschen Bundestag

Per E-Mail

Berlin, 03.02.2025

**Christian Dürr, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-77260  
Fax: +49 30 227-70263  
christian.duerr@bundestag.de

### **Jetzt die Probleme gemeinsam lösen: Für einen Migrationspakt der Mitte**

Sehr geehrter Herr Dr. Mützenich,  
sehr geehrter Herr Merz,  
sehr geehrte Frau Dröge,  
sehr geehrte Frau Haßelmann,

nach der vergangenen Sitzungswoche des Deutschen Bundestages fragen sich die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zurecht, weshalb es aus der Mitte des Parlaments heraus nicht gelingt, über Kompromisse zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Wo dieser Eindruck entsteht, sind Enttäuschung und Resignation die Folgen. Das gilt es im Interesse der Demokratie zu verhindern.

Wir befinden uns in einer Lage, in der es um die Glaubwürdigkeit aller Parteien der Mitte geht. Wenn wir nicht wollen, dass Populisten und Radikale am Ende als Sieger hervorgehen, müssen wir jetzt zeigen, dass wir zu Lösungen aus der Mitte heraus imstande sind. Demonstrationen und Kundgebungen sind Ausdruck gelebter Demokratie. Sie können aber Entscheidungen des Bundestages nicht ersetzen.

Der Parteivorsitzende der SPD, Lars Klingbeil, hat am Sonntag im deutschen Fernsehen gesagt, er sei bereit, noch vor der Wahl das Gesetz zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) und die Punkte aus dem Zustrombegrenzungs-gesetz der Unionsfraktion mit den Parteien der demokratischen Mitte im Deutschen Bundestag zu beschließen. Damit hat er das Angebot der Fraktion der Freien Demokraten vom vergangenen Freitag aufgegriffen.



Der SPD-Vorsitzende hat es so dargestellt, als ob seine Partei bereits am Freitag dazu bereit gewesen wäre. Das entspricht zwar nicht den Tatsachen, aber es besteht immer noch die Möglichkeit, dieses Angebot der Fraktion der Freien Demokraten im Parlament umzusetzen.

Daher macht die Fraktion der Freien Demokraten abermals einen Vorschlag: Die Inhalte des Zustrombegrenzungsgesetzes werden in das GEAS-Gesetz überführt. Am letzten Sitzungstag vor der Bundestagswahl werden beide Gesetze zusammen mit den Stimmen der breiten demokratischen Mitte des Bundestags beschlossen.

Die Freien Demokraten verstehen sich als Brückenbauer, damit in der Migrationspolitik endlich etwas gelingt. Wir schlagen daher vor, dieses inhaltlich unstrittige Gesamtpaket in dieser Woche am Freitag – unter Verzicht von Union und SPD auf das Verlangen einer Anhörung – in einer Sondersitzung des Innenausschusses abzuschließen und dann am 11. Februar im Deutschen Bundestag als Gesetz zu beschließen.

Über eine positive Rückmeldung würde ich mich im Interesse unseres Landes sehr freuen. Es ist nicht zu spät für die demokratischen Kräfte der Mitte, die Probleme gemeinsam zu lösen.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Dürr MdB